

Gleiche Chancen für Alle



Bild: INBI

Das Institut für Bildung und Integration und das Büro für Migration und Integration der Stadt Mainz veranstalteten am 10.09.2013 um 18:30 Uhr im Ratssaal des Mainzer Rathauses eine Podiumsdiskussion zum Thema „Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben“.

Zehn geladene Gäste, darunter Vertreter aus Politik, Gewerkschaft und Wissenschaft und etwa einhundert interessierte Besucher füllten am letzten Dienstag den Ratssaal des Mainzer Rathauses: Das Thema der abendlichen Podiumsdiskussion schien trotz des Termins mitten in der Woche auf große Resonanz zu stoßen, angesichts der Tragweite der Thematik eine sehr erfreuliche Tatsache. Peinameh Nemzi-Lofink, Leiterin des INBI und Ferhat Epik, ein Vertreter der türkischen Gemeinde zu Berlin e.V. führten die Diskussion und moderierten durch den Abend, der mit einer Filmvorführung eingeleitet wurde. Unter dem Titel „Integrationsarbeit vor Ort“ wurde die Arbeit von acht Mainzer Einrichtungen vorgestellt. Die Filmbeiträge stammten dabei von den Institutionen selbst, die Endproduktion übernahmen Mitarbeiterinnen des INBI. In der darauf folgenden Diskussion wurde bei allen Beteiligten vor Allem deutlich, dass die ethnische oder sozioökonomische Herkunft immer noch eine große Rolle spielt, wenn es um die Beteiligung am sozialen und beruflichen Leben bei Menschen mit Migrationshintergrund geht. Klaus-Peter Hammer kritisierte dies und forderte „weniger Defizitorientierung und mehr Ressourcenorientierung“. Auch eine angepasste Willkommenskultur wurde diskutiert, wie sie das Land Rheinland-Pfalz bereits mit der interkulturellen Öffnung umzusetzen versucht. Frau Nemazi-Lofink sprach sich schließlich für einen „Paradigmenwechsel innerhalb der Gesellschaft“ aus, der fortgeführt und bestärkt werden müsse, um allen Menschen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Bildung zu ermöglichen. Abgeschlossen wurde die Diskussion mit der offenen Frage, wie die Visionen der Diskussionsteilnehmer für das Jahr 2030 aussehen. Für Frau Senger-Schäfer (Die Linke) und Klaus-Peter Hammer von der Gewerkschaft Erziehung und Arbeit Rheinland-Pfalz (GEW) waren höhere Investitionen in die Bildung und verstärkte Individualförderung die wichtigsten Punkte. Jürgen Czupalla von der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Mainz sprach sich gegen ein „negatives Zukunftsszenario“ aus, „in dem alle Facharbeiter aus Deutschland abwandern“ und forderte deren frühere Einbindung durch verbesserte Rahmenbedingungen. Frau Spiegel (Bündnis '90/ Die Grünen), Frau Bartelmes vom

Arbeitsministerium, Frau Prof. Weiß vom Integrationsministerium und Frau Sahler-Fesel erhofften sich, dass zu diesem Zeitpunkt die heute bestimmenden Begriffe wie Rassismus, Inklusion oder auch Integration vollständig aus dem Alltagsvokabular verschwunden sind, da die Herkunft, Hautfarbe oder Religion eines Menschen keine entscheidende Rolle mehr in der Gesellschaft der Zukunft spielen. Insgesamt kamen die Diskussionsteilnehmer zu einem klaren Ergebnis: Diskriminierung am Arbeitsplatz, schlechte schulische Ausbildungsmöglichkeiten oder gar Ausgrenzung aus der Gesellschaft aufgrund von Herkunft, Status oder Religion haben in einer modernen Nation nichts zu suchen. Die aktuelle Situation sieht leider noch anders aus. Damit dieses Ziel umgesetzt werden kann, erfordert das die aktive Beteiligung aller Bürger nicht nur von Rheinland-Pfalz, sondern in ganz Deutschland. Mit der Diskussion ist ein erster Schritt getan, weitere sollten und müssen folgen.

Redaktion: David Achtstein

„Noch keine Chancengleichheit“

INTEGRATIONSARBEIT Mainzer Einrichtungen
stellen ihre Arbeit während Podiumsdiskussion vor

Von Pia Ditscher

MAINZ. „Vielfalt leben – Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund“ - zu diesem Motto wurde im Rahmen der interkulturellen Woche im Ratssaal informiert und diskutiert. Einführend betonte Oberbürgermeister Michael Ebling, man befinde sich zwar auf einem guten Weg, echte Chancengleichheit sei jedoch noch lange nicht erreicht, wie ein Blick auf Schulen oder den Arbeitsmarkt verdeutliche.

Im Vorlauf der Podiumsdiskussion stellte der Film „Integrationsarbeit vor Ort“ die Arbeit verschiedener Mainzer Einrichtungen vor, die sich für gleichberechtigte Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen einsetzen, darunter etwa das Büro für Migration und Integration der Stadt Mainz, der Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) und das Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI).

In der anschließenden Diskussionsrunde äußerten sich neben Prof. Dr. Karin Weiss (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen), Doris Bartelmes (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie), Jürgen Czupalla (Agentur für Arbeit Mainz), Klaus-Peter Hammer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz) und Karim Elkhawaga („Ambulanter

Dienst Gesundheitspflege“) auch Vertreter der Parteien des Bundestages.

Einigkeit bestand unter den Diskutanten vor allem darüber, dass sowohl die ethnische als auch die sozioökonomische Herkunft nach wie vor eine große Rolle beim Zugang zu Bildungssystem und Arbeitsmarkt spielen. So seien Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnssektor tätig, wie Kathrin Senger-Schäfer (Linke) herausstellte. Man müsse „weg vom Defizitansatz“, betonte unter anderem Bartelmes – stattdessen solle der Fokus auf die besonderen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet werden, wie etwa das Beherrschen einer zusätzlichen Sprache. Auch das Thema Mindestlohn wurde angesprochen, von der Vertreterin der FDP jedoch als „bundespolitische Frage“, welche den Rahmen der Veranstaltung sprengt, bezeichnet. Als Zukunftsszenarien für das Jahr 2030 wünschten sich die Podiumsteilnehmer insbesondere, dass bis dahin weder nationale noch ethnische Zugehörigkeit mehr eine Rolle für die Teilhabe an Bildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft spielen werden. Durch den Abend führten Peimaneh Nemazi-Lofink (INBI) und Ferhat Epik (Vertreter der türkischen Gemeinde zu Berlin).